

LN 01.10.2013

LOKALES

## Rat: Schulen ziehen um – Aus für Brötchentaste

Ampel-Mehrheit setzt sich gegen CDU durch

LÜDENSCHIED • Teile der VHS sowie die Musikschule ziehen 2015 zur Kaiserallee um, und ab 2014 gibt es keine Brötchentaste mehr: In beiden Fällen setzte sich im Rat die Ampelmehrheit aus SPD, FDP und Grünen gegen die CDU durch. Bürgermeister Dzewas (SPD) stellte zudem eine Resolution für die Vermögenssteuer gegen den Rat von CDU-Dezernent Theissen zur Abstimmung. → 1. und 2. Lokalseite



Das Parken wird ab 2014 teurer.

LN 01.10.2013

# Dzewas übergeht Theissen

Rat mehrheitlich für Wiedereinführung der Vermögenssteuer / Rechtsunwirksam?

Von Martin Messy

LÜDENSCHIED • Gegen die Stimmen von CDU und FDP hat der Rat gestern mehrheitlich beschlossen, die bundesweite Initiative zur Einführung einer Vermögenssteuer zu unterstützen. Allerdings ist dies nach Auffassung von Wolff-Dieter Theissen, Fachbereichsleiter Recht und Erster Beigeordneter, rechtsunwirksam. Bürgermeister Dieter Dzewas teilte diese Auffassung nicht und stellte den Antrag dennoch zur Abstimmung.

Theissen hatte zuvor erklärt, Gemeindeordnung und Grundgesetz legten fest, dass im Rahmen der kommunalen Selbstverwaltung die Räte Beschlüsse fassen könnten, die ihren örtlichen Wirkungskreis betreffen. Das sei aber in diesem Fall nicht gegeben und daher sei die Unterstüt-

zung des Antrags nicht rechtswirksam.

Schon vor dieser Einschätzung hatte die Resolution des „Bündnisses sozial gerechte Stadt Lüdenscheid“ für eine kontroverse Diskussion gesorgt. FDP-Fraktionschef Jens Holzrichter betonte, der Wegfall der Vermögenssteuer sei nicht die Ursache für die schlechte Haushaltssituation der Kommunen, sondern die Tatsache, dass Bund und Land Beschlüsse gefasst hätten, die zu Lasten der Städte und Gemeinden gegangen seien. „Eine Vermögenssteuer löst das Problem nicht, da sie keine zweckgebundene Steuer ist. Außerdem frisst der Aufwand für die Erhebung die Einnahmen auf. Zudem greift man damit in den Kern von Wirtschaftsunternehmen ein, was verheerende Folgen für die mittelständische

Struktur hat, die ja gerade hier bei uns die Wirtschaftsregion prägt.“

Gordan Dudas (SPD) erklärte, man unterstütze mit der Resolution verschiedene Institutionen, die sich Gedanken um die soziale Gerechtigkeit machten: „Dies wird auch ein Thema in den bevorstehenden Koalitionsverhandlungen sein, und daher verstehe ich den Beitritt zu der Resolution auch als ein Signal an Berlin.“ Otto Bodenheimer (Bündnis 90/Die Grünen) sah die Initiative zudem auch als wichtiges Instrument an, um „die Schere zwischen Arm und Reich in unserer Gesellschaft ein Stück zu schließen“.

Björn Weiß (CDU) hielt wiederum das Ergebnis der Bundestagswahl dagegen. „Die Wähler haben sehr deutlich die Parteien abgestraft, die

Steuererhöhungen gefordert haben, und ich will hier nicht gegen den Wählerwillen abstimmen.“ Sein Parteifreund Jürgen Sager hielt es für Unfug, den Unternehmen auf diese Weise in die Taschen zu greifen, statt ihnen Liquidität zu verschaffen.

Das Bündnis sozial gerechte Stadt ist der Überzeugung, dass die Wiedereinführung der Vermögenssteuer einen wichtigen Beitrag zur Lösung der städtischen Finanzprobleme leisten könne. Bereits 45 Städte in der Bundesrepublik seien dieser Initiative per Ratsbeschluss beigetreten. Dazu zählten Großstädte wie München, Köln und Leipzig, aber auch Städte in unmittelbarer Nachbarschaft wie Hagen und Iserlohn. Seit gestern gehört auch Lüdenscheid dazu, allerdings in gespalte-